



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/247 - 29. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Fünf Minuten vor Zwölf Zu Rapackis Aufenthalt in Oslo	51
2 - 3	Kritik des Bundesrechnungshofes an den Bundesausgaben Steuergelder leichtfertig verwendet	77
4 - 5	Anna Kéthly - Symbol und Motor Eine würdige Repräsentantin des anderen Ungarn	56
5 - 6	Steigender Lardhunger der Bundeswehr Ackerland soll enteignet werden	49

Anhang:

Sperfrist bis 24 Uhr am 29. Oktober 1958

1 - 4	Unser Verhältnis zur Bundeswehr Von Fritz Erlar, KdZ.	218
-------	--	-----

* * *

Fünf Minuten vor Zwölf

sp - Die Reise des polnischen Aussenministers Rapacki nach der norwegischen Hauptstadt Oslo, am Vorabend der Genfer Besprechungen zwischen den USA, der Sowjetunion und Grossbritannien über eine kontrollierte Einstellung der nuklearen Versuchsexplosionen gehört zu dem Teil jener polnischen Bemühungen, den Gedanken einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als Bestandteil der internationalen Diskussion zu erhalten. Dieser Gedanke ist, das sollte nicht vergessen werden, polnischer Initiative entsprungen. Polens Sicherheit und seine verhältnismässig grosse aussenpolitische Handlungsfreiheit, ein Produkt der polnischen Oktoberrevolution, hängen von der Verwirklichung dieses Planes wesentlich ab. Es hätte in der Tat wenig Sinn, wenn die bestehenden Atommächte sich, was zwei Tage vor dem Stattfinden der Genfer Konferenz ohnehin mit vielen Pragezeichen versehen ist, auf eine kontrollierte Einstellung einigen, aber in der Zwischenzeit die Ausrüstung der NATO-Armeen mit atomaren Waffen und vor allem der Bundeswehr erfolgen würde.

Die Einstellung der auf lange Sicht selbstförderisch wirkenden Versuchsexplosionen sozusagen als erste Massnahme auf dem schwierigen und von gegenseitigem Misstrauen beladenen Gebiet der Abrüstung bedingt gleichzeitig die Schaffung einer Atmosphäre der Entspannung in Mitteleuropa, dort also, wo sich die Armeen der entgegengesetzten Militärblöcke gegenüberstehen. Der Rapacki-Plan in seinem ursprünglichen Gehalt hatte gewiss viele Mängel und liess manche Fragen offen; aber der polnische Aussenminister liess nie einen Zweifel daran, dass er ihn nicht als ein geschlossenes unkorrigierbares Ganzes betrachtet. In Oslo gab er zu verstehen, in welcher Richtung Modifikationen dieses Planes zu erfolgen hätten, ohne dass seine Substanz davon betroffen würde. So sei er bereit, die engeren Beziehungen zwischen der Abrüstung atomarer und herkömmlicher Waffen in dem Plan mehr zu berücksichtigen, wobei er freilich noch offen liess, wie gross die Zone sein und welche Länder sie umfassen soll, die von einem sowohl konventionelle als auch atomare Waffen erfassenden Abkommen betroffen sein müsste.

Die polnische Initiative, auch das ist nicht zu übersehen, erstreckt sich heute in zwei Richtungen. Die eine tendiert nach Oslo, der Hauptstadt eines Landes, das der NATO angehört und die andere nach Moskau, wo Gomulka ebenfalls auf Besuch weilt. Beide Reisen stehen miteinander im Zusammenhang. Ohne Zweifel ist Rapacki in Oslo bemüht, von hier aus die Diskussion über die Verwirklichung des Rapacki-Planes zu fördern, nachdem sich die entscheidenden Grossmächte aber auch die Bundesrepublik dafür so schwerhörig erwiesen haben. Gomulka dürften in Moskau recht eindringlich die Konsequenzen nahegelegt werden, sollte die Idee der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone nur Gegenstand akademischer Auserungen bleiben. Man weiss heute, dass bei einer fortschreitenden Ausrüstung der NATO-Armeen mit Vernichtungswaffen die Sowjetunion nicht untätig verharran würde. Für diesen Fall haben die übrigen Ostblockstaaten die Errichtung von atomaren Abschussbasen auf ihrem Territorium zu befürchten. Für Polen würde dies nach allem die Verewigung der Stationierung sowjetischer Truppen auf seinem Boden bedeuten.

Nach dem bedrückenden Vorspiel, das den Genfer Besprechungen vorausging, sind die Chancen für eine Einigung nicht sehr gross. Es ist fünf Minuten vor Zwölf. Verschafft sich die Weltmeinung nicht genügend Gehör, dürfte das Spiel am Rande des Abgrundes weitergehen.

Kritik des Rechnungshofes an den Bundesaussgaben

rd. - Es ist doch gut, daß wir einen Bundesrechnungshof haben, der nachprüft, ob die Verwaltungen unseres Staates mit der notwendigen Sorgfalt über die Mittel verfügen, die ihnen die Bundesbürger zwangsweise zur Verfügung stellen. Diese Mittel sind vorwiegend Steuern. Der Bundesbürger ist dem Bundesrechnungshof dankbar, daß er die Verwaltungen auf die Art der Verwendung dieser Mittel überprüft.

Der Rechnungshof hat dem Bundestag seinen Bericht und seine Beanstandungen zum Bundeshaushalt für das Rechnungsjahr 1955 vorgelegt. Es ist ein sehr umfangreicher Bericht von 150 Druckseiten geworden und er enthält eine Menge Beanstandungen, die sicher im Bundestag vor der beantragten Entlastung der Bundesregierung noch zu Auseinandersetzungen führen werden. Es ist schließlich nicht gleichgültig, wenn der Bundesrechnungshof feststellt,

"daß der Abschluß der Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 1955 unzutreffend ist" und "daß in der Bundeshaushaltsrechnung das wirtschaftliche Ergebnis des Rechnungsjahres 1955 unrichtig dargestellt ist".

Bei nur flüchtiger Durchsicht - eine gründliche Beurteilung dieses Berichtes muß den Haushaltsexperten des Bundestages vorbehalten bleiben - stellt sich als wichtiges politisches Ergebnis heraus, daß die Bundesministerien ihrer Aufsichtspflicht und Sorgfaltspflicht gegenüber der wirtschaftlichen Verwendung der Bundesmittel nicht in ausreichender Maße nachgekommen sind und selbst der Bundesfinanzminister als oberstes verantwortliches Organ in gewissen Fällen "die Ausgaben der parlamentarischen Kontrolle entzogen" hat, wie der Bundesrechnungshof feststellt.

Um ein paar besondere Blüten aufzuzeigen:

Es ist sicher haushaltsrechtlich nicht richtig, wenn man im finanziellen Ergebnis weniger interessant, daß der Bundesminister des Innern Ausgaben für Betriebsausflüge seines Amtes unter "vermischten Verwaltungsausgaben" verbuchen läßt, oder das Statistische Bundesamt Schmalzölke, Tonbänder und Fotos vor Neubau seines Verwaltungsgebäudes ansangehörigen Liebhaberfotografen honoriert. Interessanter ist schon, daß die Einkühr- und Vorratsschellen, die der Kontrolle des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft unterstehen, ihren Prüfer entlassen, der in seinem Prüfungsbericht Privatfahrten der Direktoren mit Autofahrzeugen büßt und das Bundesministerium dem Entlassenen drei Monatsgehälter und

7.500 DM Entschädigung zahlen muß. Kostspielig wird die Sache dann, wenn das Bundesernährungsministerium der Deutschen Siedlungsbank vorfristig und zinsfrei Bundesmittel zur Verfügung stellt und damit den Bund um 600.000 DM Zinsertrag schädigt; wenn der Bundesminister für Verkehr durch unzureichende Prüfungen beim Bau von Autobahnen Schäden eintreten läßt, die er selbst auf rund 600.000 DM, der Bundesrechnungshof jedoch höher einschätzt.

Versäumnisse in der Aufsichtspflicht, die noch obendrein private Bereicherung begünstigen, wird auch dem Amtsbereich des Wohnungsstaatsministeriums zugeschrieben. Hier wird z.B. der Fall einer Oberfinanzdirektion erwähnt, die einem privaten Bauherrn 14 Darlehen in Höhe von 3,3 Millionen DM gewährte, ohne einen Nachweis seiner Eigenleistung, die mindestens 650.000 DM hätte betragen müssen, zu verlangen. Ähnlich liegen die Fälle bei Bauten für Stationierungsgeldbesitzer, in denen Baufirmen sich durch Anrechnung von Umsatzsteuer - Leistungen für die Stationierungsgeldbesitzer sind umsatzsteuerfrei - einen Vermögensvorteil von 185.000 DM verschafften.

Im Amtsbereich des Verteidigungsministeriums ist es vorgekommen, daß Offiziere und Unteroffiziere zur Automobilausstellung nach Frankfurt fahren, diese Fahrt mit Dienstfahrzeugen unternehmen, getarnt als taktische und kraftfahrzeugtechnische Weiterbildung und dafür Tage- und Übernachtungsgelder liquidierten. Sogar ein ganzes Bataillon, das in geschlossenen Verband verlegt worden ist, hat Tage- und Übernachtungsgelder erhalten. Soll man sich über die Art Soldaten wundern, die nicht Kasernierungspflichtig sind, aber doch in die Kasernen drängen und ihre ungekürzten Trennungsentwürfe liquidieren, während gleichzeitig das Ministerium die für diese Soldaten besorgten Privatquartiere weiterbeahlt - wenn selbst ein General es genau so macht? Und schließlich kann man nicht mit mangelnder Erfahrung entschuldigt werden, wenn das Verteidigungsministerium für das Koblenzer Beschaffungsjahr 4500 Kräfte für notwendig hält, in Rechnungsjahr 1957 auch bereits 3500 Kräfte bewilligt bestellt und tatsächlich nur 3444 Kräfte notwendig sind. Dabei hat die Verwaltung, laut Rechnungshof: "Zu viel Planstellen des höheren Dienstes und zu viel Spitzenstellen des gehobenen Dienstes angesetzt; dagegen fehlten Planstellen des mittleren Dienstes nahezu ganz."

Wir hatten schon immer das Gefühl, daß bei den Anforderungen des Verteidigungsministers das Motto gilt: Man immer man, wir haben's ja. Nach diesem Motto wird's dem Bundestag und somit dem Bundesbürger - und nicht nur vom Verteidigungsminister allein - abgeknöpft. Der Bundesrechnungshof kann die politischen Entscheidungen über die Ausgaben nicht beeinflussen, doch müssen wir ihn dankbar sein, daß er wenigstens über ihre rechtliche Verwendung wacht.

Anna Kethly - Symbol und Motor

H. - Ungebrochen ist Frau Anna Kethly, einzig entkommener Minister des ungarischen Revolutionskabinetts 1956, die in dieser Woche auf verschiedenen Gedenkfeiern und Tagungen in der Bundesrepublik spricht.

Die gleich zu Beginn des unvergeßlichen Aufstandes in Budapest zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Ungarns gewählte Frau vollbringt täglich immer wieder physische Leistungen von kaum vorstellbarem Ausmaß.

Wir trafen sie auf einer Frauentagung der Angestelltengewerkschaft in Ostwestfalen. Vor kurzer Zeit erst hatte sie noch in Paris an einer Sitzung teilgenommen, jetzt stand sie mit ihrer sie stets begleitenden Schwester Magda an einem deutschen Rednerpult und ermahnte die Frauen, politisch aktiv zu werden bzw. es zu bleiben. Sie tat das ohne Pathos - mit äußerster Sachlichkeit, und deswegen auch so überzeugend. "Wenn mehr Frauen sich ihrer Aufgaben und Verpflichtungen als Mutter und Staatsbürgerin bewußt wären und sie auch erfüllten, dann würden die Wirren dieser Zeit und in dieser Welt eher behoben und die Voraussetzung für eine glücklichere Zukunft gegeben sein..."

Sie selbst, die vor zwei Jahren in diesen Tagen unter dramatischen Umständen das nackte Leben retten konnte, gibt sich keinen Illusionen hin. Im privaten Gespräch nannte sie die Sorge, daß eine Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg das Schicksal ihrer Landsleute noch verschlimmern könnte. So weit Formosa und China auch entfernt liegen, meinte sie, auch dort kann eine weitere Entscheidung zugunsten oder ungunsten ihres Landes fallen.

Diese Sorge treibt die nun schon fast 70 Jahre alte Frau durch die Welt. Zwar wohnt sie in einer kleinen Stadtsiedlung zu Brüssel, aber unentwegt fährt sie von Land zu Land, ermahnt die Politiker, konsultiert Regierungen und sucht den Kontakt in Versammlungen. Sie ist eine würdige und tapfere Repräsentantin des anderen Ungarns, in dem sie 1917 schon politisch tätig wurde und wo sie auf sozi-politischem wie parlamentarischem Gebiet hervorragend wirkte. Auch vierjähriger Korker, den sie im gleichen Gefährnis ertragen mußte, in dem Frau Julia Rajk saß, hat sie nicht müde gemacht.

Anna Kethly erledigt heute noch allein ihre gesamte Post. Sie reist mit Schreibmaschine und Briefpapier, Manuskripten für die von ihr in

29. Oktober 1958

London herausgegebenen Monatszeitung und mit Material über die Zustände in Ungarn. Schon Anfang November wird Frau Kethly im Fünferausschuß der UNO in New York erneut das Wort nehmen und auf die untragbaren Zustände in ihrer Heimat hinweisen. Anschließend will sie Flüchtlinge besuchen, um im Dezember wieder in Europa zu sein. Schon jetzt ist ihr Programm für das erste Halbjahr 1959 sozusagen voll. "Nur so kann man überhaupt als Emigrant leben, nur so erhält man sich frisch für eine hoffentlich bessere Zeit und nur so bleiben Hoffnung und Zuversicht ganz erhalten", bekennt die weißhaarige Frau. Ihr Leben in Eisenbahnen und Flugzeugen erträgt sie mit dem festen Willen, immer wieder als Mätker aufzutreten - "auch dann, wenn es vielleicht unbequem für mich oder anderen werden sollte", meint sie.

Mit welcher Güte auch sie den Alltag meistert, dafür lieferte sie ein Beispiel, das sie selbst allerdings noch nie erzählt hat. - Im vorigen Jahr wurde ihr in Strassburg der Europapreis verliehen. Die hohe Auszeichnung ist mit einem einmaligen Ehrensold von 10.000 Schweizer Franken verbunden gewesen. Das ganze Geld hat sie verteilt an Flüchtlinge aus ihrer Heimat. Sie hat Wert darauf gelegt, daß die Empfänger es als eine Unterstützung annahmen, die nicht etwa Frau Anna Kethly möglich machte, die selbst alles verloren hatte, sondern die Exil-Ungarn der Sozialdemokratischen Partei Ungarns spendeten.

+ + +

Steigender Landhunger der Bundeswehr

Die Aufrüstung der Bundesrepublik macht auch vor Bauernland keinen Halt. Wie aus einer gemeinsamen Erklärung der Bundesminister für Verteidigung, Finanzen und wirtschaftlichen Besitz des Bundes hervorgeht, will die Bundesregierung weitere 100 000 Hektar Land für militärische Zwecke freimachen. Nur etwa die Hälfte dieser Fläche wird aus dem Besitz der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden können, für den Rest muß vor allem wertvolles Bauernland herhalten.

Allein 90 000 Hektar des zusätzlich geforderten Bodens soll den Stationierungsmächten überlassen werden, für Manöverzwecke vor allem, mit denen unter anderem Bauern in der Heide und in Hessen schon seit Jahren recht traurige Erfahrungen machen. Die restlichen 10 000 Hektar sind für die Bundeswehr bestimmt. Der Hoeres-Inspekteur der Bundeswehr, Höttiger,

begründete den Landhunger des Bundesverteidigungsministeriums damit, daß 1937 für jeden Soldaten der Hitler-Wehrmacht 0,58 Hektar Übungsgelände zur Verfügung gestanden hätten. Heute kämen auf einen Bundeswehrsoldaten nur noch 0,27 Hektar.

Inzwischen ist das Bundesverteidigungsministerium bei seinen Landenteignungsbestrebungen bereits auf einen ersten harten Widerstand gestoßen. Bauern im Gebiet zwischen Detmold und Lengo weigern sich, ihren wertvollen Boden für einen 500 Hektar großen Panzerübungsplatz herzugeben, der dort für die britische Rhein-Armee als NATO-Verbündeter der Bundeswehr angelegt werden soll. "Wir weichen nur der Gewalt", erklärten sie um ihre Lebensgrundlagen besorgten Landwirte.

Die Kommunalvertretungen der Landkreise Lengo und Detmold protestierten in diesem Sinne sehr energisch beim Bundesverteidigungsministerium und bei der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gegen die geplanten Landenteignungen. Sie wiesen darauf hin, daß das von der britischen Armee geforderte Gelände wertvoller landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Boden darstelle. Viele Landwirte würden bei einer Enteignung Dreiviertel ihres Besitzes verlieren und damit existenzunfähig werden.

Die Detmolder Landkreisbehörde wies in einem Schreiben an den zuständigen Regierungspräsidenten darauf hin, daß die gefährdeten Landwirte so verzweifelt sind, daß sie sich fest entschlossen haben, nur durch Gewalt von ihren Ländereien zu weichen. Sowohl der Bundesernährungsminister als auch der Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen wurden aufgefordert, sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, welche bedrohlichen Folgen eine Landenteignung haben würde.

Bislang sind jedoch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß sich Bundeswehr und NATO in ihren militärischen Landhunger durch Bauernnöte beeinflussen lassen. Auch die Tatsache, daß in der Bundesrepublik durch den steigenden Bodenbedarf der Industrie der Städte und nun auch des Militärs täglich drei Bauernhöfe von je 100 Morgen verloren gehen, scheint auf Bundesverteidigungsminister Strauß und seinen Stab wenig Eindruck zu machen.

Es bleibt nur die Hoffnung, daß von den Landenteignungen für militärische Zwecke ausschließlich jene Bauernkreise betroffen werden, die der "Politik der Stärke" der Bundesregierung bislang ihre begeisterte Zustimmung gaben, nicht aber jene Landwirte, die sich aus vielerlei Gründen als Stiefkinder dieser Politik fühlen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Märkschäffel

Unser Verhältnis zur Bundeswehr

Von Fritz Erler, MdB

Vorstand und Parteirat der SPD haben in der vergangenen Woche den Bundestagsabgeordneten Fritz Erler beauftragt, im "Vorwärts" einen Artikel über das Verhältnis der SPD zur Bundeswehr zu veröffentlichen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die Bewaffnung beider Teile Deutschlands im Verbande einander feindlich gegenüberstehender Militärblöcke bekämpft. Die Einschmelzung der Teile Deutschlands in die Militärsysteme von Ost und West hat die Spaltung unseres Landes vertieft und seine Wiedervereinigung erschwert. Das wiedervereinigte Deutschland kann nicht gleichzeitig zwei einander feindlichen Machtblöcken angehören, sondern wird nach menschlichem Ermessen nur zustande kommen, wenn es keinem von beiden einverleibt wird. Deshalb darf man das halbe Deutschland nicht immer unauflöslicher in das atlantische Militärsystem hineinziehen.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich gegen die allgemeine Wehrpflicht im gespaltenen Deutschland ausgesprochen. Ihre volle Durchführung würde Herrn Ulbricht den Gefallen tun, die heranwachsende männliche Jugend des persönlichen Kontaktes mit den Landsleuten auf der anderen Seite der Demarkationslinie zu berauben. Die Wehrpflicht stürzt angesichts der Spaltung des Vaterlandes viele unserer Besten in Gewissenskonflikte. Außerdem ist sie militärisch überflüssig; im vordersten Frontgebiet eines denkbaren Konfliktes wäre eine Mobilmachung von Reservisten unmöglich, zählen zum eigenen Schutz nur die sofort verfügbaren militärischen Kräfte, ist infolgedessen eine Truppe aus längerdienenden Freiwilligen und Berufssoldaten wirksamer.

In Stuttgart hat sich die Sozialdemokratische Partei gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausgesprochen. Das atomare Wetrüsten ist zu einer tödlichen Gefahr für die gesamte Menschheit geworden. Wer den drei Atommächten zur Begrenzung und Kontrolle ihrer Rüstungen raten will, muß auch für sein eigenes Volk die Konsequenzen daraus ziehen. Sonst wird er unglaubwürdig. Mit der Verteilung atomarer Sprengkörper - selbst unter fremdem Verschluss - an weitere Staaten ist der Weg ins Verderben beschritten. Außerdem kann man ein so dicht besiedeltes Land wie Deutschland mit Atomwaffen nicht verteidigen, sondern nur auslöschen. Die Verteidigung verliert ihren Sinn, wenn sie so organisiert wird, daß ihre Mittel, statt zu schützen, das zu verteidigende Leben des eigenen Volkes zerstören. Es wäre gut, wenn die Regierungen endlich aufhörten, ihre Völker über den wahren Charakter der Atomwaffen zu belügen. Es handelt sich in Wahrheit um Massenvernichtungsmittel, deren geringstes noch die Wirkung von eintausend Tonnen TNT hat, also eines Angriffes von mehreren hundert Flugzeugen des zweiten Weltkrieges. Die Hiroshima-Bombe ist die Standardgröße der Atomwaffen geworden. Gerade um diese Wirkung auch der sogenannten taktischen Waffen geht es aber in unserem Lande!

In diesen drei sehr wichtigen Fragen bekämpft daher die sozialdemokratische Opposition die Wehrpolitik der Bundesregierung und bemüht sich darum, unter Achtung der völkerrechtlich gültigen Verträge die notwendigen Änderungen durchzusetzen oder mindestens für die Zukunft noch offen zu halten. Auch in anderen demokratischen Ländern sind wesentliche Fragen der Landesverteidigung Gegenstand politischer Auseinandersetzungen gewesen. Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen schließen die gemeinsame Sorge um die sonstige Gestaltung der bewaffneten Macht aber nicht aus. Nur in der Bundesrepublik Deutschland wird denen, welche andere

Auffassungen haben als die Bundesregierung, kurzerhand die Sorge um die Sicherheit der Nation abgesprochen und das Recht bestritten, in Fragen der Landesverteidigung überhaupt mitreden zu wollen. Das liegt an der Tendenz des Bundeskanzlers Dr. Adenauer, die Sozialdemokraten und ihre Anhängerschaft aus diesem Staate herausdrängen zu wollen. In der Demokratie willen darf das nicht zugelassen werden. Wer die Sozialdemokratie und damit die politische Vertretung vor allem der Arbeiterschaft dem Staate entfremdet, beraubt die junge deutsche Demokratie ihrer zuverlässigsten Stütze und stößt damit - vielleicht ist das kein Zufall - gerade jene Kraft zurück, deren historischer Verdienst nach dem ersten Weltkrieg die Erhaltung der bedrängten Einheit des Reiches gewesen ist.

Die Bundeswehr ist heute eine verfassungsmäßige Einrichtung unseres Staates. Deshalb ist es das Recht und die Pflicht aller demokratischen Kräfte, sich an sie zu kümmern. Aus diesem Grunde wurde auf dem Parteitag zu Stuttgart u. a. beschlossen:

"Die bewaffneten Kräfte müssen ein Bestandteil unserer demokratischen Ordnung sein. Deshalb muß ein Vertrauensverhältnis zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes bestehen."

Kürzlich haben sich nacheinander die Bundestagsfraktion, der Parteivorstand und der Parteirat der Sozialdemokratischen Partei mit den Konsequenzen dieses Beschlusses befaßt. Anlaß dazu boten eine Reihe von Beobachtungen, die auf eine erhebliche Entfremdung von Bundeswehr und Sozialdemokratie schließen ließen. Wird die Bundeswehr allein der geistigen Einfluß der Regierung und der Regierungspartei überlassen - die Bemühungen der Abteilung "Innere Führung" um ein gewisses Maß an Objektivität in der Unterrichtung der Truppe über geschichtliche Vorgänge oder aktuelle Ereignisse können keine ausreichende Korrektur bewirken -, so besteht die Gefahr, daß die Bundeswehr zu einem Propagandainstrument einer einzigen Partei wird. Die umfangreiche Propaganda der von der CDU gesteuerten DDK im Raum der Bundeswehr vergrößert diese Gefahr.

Daher ist es nötig, der Bundeswehr geistige Kontakte zu allen demokratischen Kräften zu eröffnen. Das gute englische Beispiel, die staatsbürgerliche Erziehungsarbeit und die berufliche Förderung der Soldaten den überparteilichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung anzuvertrauen, hat sich leider nicht auf die Bundesrepublik übertragen lassen. Um es besser muß der Gedankenaustausch zwischen den Angehörigen der Bundeswehr und allen freiheitlichen politischen Kräften werden. Über die örtlich bereits bestehenden Verbindungen hinaus sollen sich die Bundestagsabgeordneten der in ihren Wahlgebieten vorhandenen Einrichtungen der Bundeswehr annähmen. Ein direkter Erfahrungs- und Meinungsaustausch sollte dazu beitragen, Mißverständnisse zu beseitigen und Vorurteile zu überwinden.

Diese Aufgabe obliegt nicht nur den Abgeordneten des Bundes. Auch Landtagsabgeordnete und Kommunalvertreter werden für viele Fragen die geeigneten Gesprächspartner sein. Und an einer eventuellen Abschließung der bewaffneten Macht von einem wichtigen Teil unseres politischen Lebens vorzubeugen, sollten auch die hierfür geeigneten bezirklichen und örtlichen Organe der Partei um Information und Gespräch beruht sein. In welcher Weise diese Aufgabe ohne Auslösung von Mißverständnissen gefördert werden kann, wird zurzeit im einzelnen noch geprüft. Auch die Gewerkschafter stehen schon wegen ihrer in die Bundeswehr einberufenen Mitglieder vor ähnlichen Problemen.

Entscheidend für den politischen Einsatz der bewaffneten Macht in das demokratische Staatsgefüge ist nicht die Gewinnung der Rekruten, sondern der Vorgesetzten. Es wäre nicht zu verantworten, durch die Wehrpflicht aus dem Bevölkerungsanteil der zehn Millionen sozialdemokratischer Wähler nur Rekruten in die Bundeswehr zu holen, aber die Stellung der Vorge-

setzten, insbesondere also der Berufssoldaten und der längerdienenden Freiwilligen, ausschließlich den nicht-sozialdemokratischen Kräften zu überlassen. Wenn Sozialdemokraten von diesen Funktionen in der Bundeswehr ferngehalten werden, muß sich die Bundeswehr zwangsläufig in eine Richtung entwickeln, welche sie zur Sozialdemokratie in Gegensatz bringt. Es liegt daher im Interesse der Demokratie und auch im Interesse der von der Sozialdemokratie vertretenen Bevölkerungsschichten, wenn auch Sozialdemokraten als Freiwillige in die Laufbahnen der Bundeswehr eintreten. In diesem Sinne hat sich die Fraktion ausgesprochen. Dieser Grundsatz ist vom Vorstand und Parteirat gebilligt worden. Natürlich liegt darin nicht etwa der Versuch, durch eine allgemeine Aufforderung an alle Sozialdemokraten die Bundeswehr politisch zu erobern. Die Bundeswehr soll nur nach allen Seiten offen gehalten werden, um nicht zur Sache einer Partei zu werden.

Damit ist lediglich eine praktische Konsequenz aus den politischen Feststellungen des Stuttgarter Parteitages gezogen worden. Alle diese praktischen Schritte dienen der Herstellung eines gesunden Verhältnisses von Bundeswehr und Sozialdemokratie zueinander. Das gewünschte Ergebnis würde gefährdet, wenn unnötigerweise von der einen oder anderen Seite propagandistische Erwägungen damit verquickt würden.

Die SPD hat in Bundestag und Öffentlichkeit für die verfassungsmäßigen Rechte der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gekämpft. Sie wird das auch weiterhin tun. Sie wird jene schützen, die aus Gewissensgründen dem Dienst mit der Waffe oder in der Armee überhaupt verweigern. Sie ist sich aber bewußt, daß Gewissensentscheidungen persönliche Entscheidungen sind und nicht von Organisationen für ihre Mitglieder getroffen werden können. Die Sozialdemokratische Partei schützt daher die Kriegsdienstverweigerer, ist aber als Organisation nicht die Partei der Kriegsdienstverweigerer.

Die Gefahren eines möglichen Atomkrieges bringen unter Umständen besondere Gewissenskonflikte für die in der Armee Dienst tuenden Soldaten. Die Partei teilt die schon vor Jahren vom jetzigen Inspekteur des Meeres, General Roettiger, ausgesprochene Ansicht, daß ein vor die Frage der Anwendung von Atomwaffen gestellter Soldat angesichts des Charakters dieser Massenvernichtungsmittel das Recht habe, die Ausführung eines entsprechenden Befehls zu verweigern. Diese Gewissenskonflikte sind nicht, wie General Heusinger meint, von der Aktion gegen den Atombombentod, sondern von der Atombombenvernichtung geschaffen werden. Darauf kann nicht deutlich genug hingewiesen werden.

Minister Strauß hat versucht, die Sozialdemokratische Partei in die Mitverantwortung für eine von ihr abgelehnte, die Spaltung unseres Landes und die Gefahren für den Frieden verschärfende Wehrpolitik hineinzuziehen. Er darf sich nicht wundern, wenn die SPD eine Zusammenarbeit ablehnen muß, die zur Voraussetzung die bedingungslose Kapitulation vor den außenpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung hätte. Es gibt aber außer den sehr wesentlichen unstrittenen Gebieten der Wehrpolitik eine Reihe von praktischen Aufgaben der Gestaltung der Bundeswehr, in denen die Opposition mitwirken kann und in ihrem eigenen Interesse auch muß. Der Kampf um den verfassungsrechtlichen Sinn der Bundeswehr in die demokratische Grundordnung, die Gestaltung der Soldatengesetze, die Sorge um das Verhältnis von Offizieren und Mannschaften, die Ausbildung und Erziehung - all das zeugt bisher schon von tatkräftiger sozialdemokratischer Einflußnahme. Die Partei muß sich aber dagegen wehren, wenn man der Bundeswehr politische Aufgaben übertragen sucht. Lehrreich war hierzu die Auseinandersetzung um die sogenannte psychologische Verteidigung. Selbstverständlich muß sich die Bundeswehr gegen auf sie angesetzte kommunistische Zersetzungsarbeit schützen können. Außer der technischen Abwehr im engeren Sinne gehört hierzu auch ein Vertrautmachen mit Inhalt und Methoden der kommunistischen Propaganda

innerhalb der Bundeswehr. Es wäre aber falsch, allein aus diesem Grunde die Bundeswehr gewissermaßen auf einen neuen "Erbfeind" zu drillen. Das ist uns Deutschen in der Vergangenheit nie gut bekommen. Die bewaffnete Macht hat dem Schutz des eigenen Volkes und Staates vor fremder Gewalt und dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu dienen. Deshalb ist wichtiger als die Beschreibung des möglichen Gegners die Herausarbeitung der positiven Werte, welche es gegen jede Gefahr zu schützen gilt. Erziehung zur Demokratie ist die wirksamste Bekämpfung totalitärer Bestrebungen, ob sie von der äußersten Rechten oder von den Kommunisten kommen.

Die Bundeswehr muß sich auf diese Erziehung in ihren eigenen Reihen beschränken. Im Volke draußen ist das nicht ihre Aufgabe, ja überhaupt nicht Aufgabe des Staates. Sonst erliegen wir der Gefahr, dem Totalitarismus mit seinen eigenen Methoden bekämpfen zu wollen und würden ihm dabei sehr ähnlich. Eine staatliche Propagandemaschine entwickelt nicht die freiheitlichen Kräfte eines Volkes, sondern liefert dem Staate die Herrschaft über die Gehirne aus. Das wäre der Untergang der Demokratie. Nicht der Staat soll die Gehirne seiner Bürger kontrollieren, sondern die Bürger sollen den Staat beaufsichtigen. Deshalb ist die Erziehung zur Demokratie und darin die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eine Aufgabe der freien Kräfte in der Gesellschaft. Eine Demokratie ohne selbständig denkende und handelnde Demokraten ist nicht lebensfähig. Wir Sozialdemokraten haben eine reiche Erfahrung auf diesem Arbeitsfeld. Wir sind gern bereit, anderen, die dabei mitwirken wollen, zu helfen. Vorschläge hierüber befinden sich zur Zeit in Ausarbeitung. Schließlich waren es die Sozialdemokraten, die durch ihre Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nach 1945 dafür gesorgt haben, daß unseren Ländern die Chancen demokratischer Entwicklung erhalten blieben. Es wäre verhängnisvoll, wenn unter dem Stichwort "Psychologische Verteidigung" nichts anderes organisiert würde als eine neue Welle des Kalten Krieges und der innenpolitische Mißbrauch von Steuergeldern zur Bekämpfung der demokratischen Opposition.

Der Parteirat erwartet auf den genannten Gebieten die Vorlage weiterer Vorschläge durch Parteivorstand und Bundestagsfraktion. Die Beschlüsse der Bundestagsfraktion haben in der Öffentlichkeit und zum Teil auch in der Partei eine gewisse Überraschung ausgelöst. Dabei enthalten sie nichts Neues. Die Überraschung zeugt davon, wie wenig die Beschlüsse des Stuttgarter Parteitages zur Wehrfrage in das Bewußtsein von Partei und Öffentlichkeit gedrungen sind. Umso notwendiger war es, die sich aus diesen Beschlüssen ergebenden praktischen Schlußfolgerungen sichtbar zu machen. Schließlich dürfen Beschlüsse des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern müssen auch die Richtschnur der praktischen Politik der Gesamtpartei werden. Dem Parteirat wäre es - mit Recht - lieber gewesen, wenn er sich vor der Fraktion mit den Konsequenzen des Stuttgarter Parteitages auf wehrpolitischen Gebiet hätte befassen können. Alle Beteiligten sind sich darüber einig, daß diese durch das Statut der Partei vorgesehene Reihenfolge in wichtigen Fragen beachtet werden muß. In der Sache hingegen hatten Parteirat und Parteivorstand gegen die oben dargelegten Beweggründe und Vorschläge der Fraktion keine Einwendungen erhoben. Damit weiß die gesamte Sozialdemokratische Partei, wie ihre Führungskörperschaften in dieser Frage denken. Entsprechend wird sie auch zu handeln wissen.